

## Stellungnahme zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» / Abstimmung vom 14. Juni 2026

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» verlangt, die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 auf maximal zehn Millionen Personen zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten Bund und Kantone die Zuwanderung deutlich einschränken und – falls die Zehn-Millionen-Grenze bereits vor 2050 überschritten würde – internationale Abkommen wie die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union kündigen.

Für suissetec und die Bauwirtschaftsverbände ist klar: Die Initiative hätte weitreichende negative Folgen für die Schweiz insgesamt und würde der Bau- und Gebäudetechnikbranche erheblich schaden.

suissetec und die Bauwirtschaft leisten einen zentralen Beitrag zur Bewältigung aktueller Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, Energie, Klima und Wohnraum. Gerade im Wohnungsmarkt sind wirksame Lösungen gefragt. Diese lassen sich durch schnellere Planungs- und Bewilligungsverfahren sowie einen gezielten Ausbau von Wohnraum und Infrastruktur erreichen – nicht jedoch durch eine starre Bevölkerungsobergrenze.

Bereits heute fehlt es in vielen Bereichen an qualifiziertem Personal, insbesondere auch in der Gebäudetechnikbranche und in der Bauwirtschaft. Diese Situation wird sich weiter akzentuieren, da in den kommenden Jahren deutlich mehr Arbeitnehmende in Pension gehen, als junge Fachkräfte nachrücken. Eine fixe Bevölkerungsobergrenze würde die Konkurrenz um die bereits hier lebenden Arbeitskräfte um ein Vielfaches verschärfen. Dies hätte direkte Folgen für die Betriebe: Projekte könnten nicht mehr fristgerecht umgesetzt werden, die Versorgungssicherheit würde leiden, und energie- sowie klimapolitische Ziele wären gefährdet.

Hinzu kommt, dass die Initiative den bewährten bilateralen Weg mit der Europäischen Union aufs Spiel setzt. Die Personenfreizügigkeit ist Teil der Bilateralen I. Würde sie gekündigt, fielen auch weitere zentrale Abkommen weg – mit negativen Auswirkungen auf Handel, Lieferketten, Planungssicherheit und letztlich auch auf die wirtschaftliche Lage der Gebäudetechnik- und Bauunternehmen. Gerade für KMU wäre dies eine erhebliche Belastung.

Insgesamt überwiegen die Risiken der Initiative deutlich. suissetec empfiehlt seinen Mitgliedern und der Stimmbevölkerung deshalb, bei der Abstimmung vom 14. Juni 2026 ein klares **Nein** zur Nachhaltigkeitsinitiative einzulegen.

Weiterführende Informationen

[Botschaft des Bundesrats](#)

[Nein-Kampagne der Wirtschaft](#)

[Position bauenschweiz](#)

wida / 15.04.2026